



Haushalts- und Finanzausschuß

69. Sitzung (nicht öffentlich)

4. Februar 1999

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 13.45 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Neuntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3186 und 12/3446 (Zwischenbericht)

Vorlagen 12/2210 und 12/2529

Ausschußprotokoll 12/1062

1

Nach ausführlicher Debatte über das Beratungsverfahren, in der die CDU-Fraktion geltend macht, ein Schreiben des Innenministeriums mit Änderungsvorschlägen u. a. zum Thema "Alterszeitzeit für Beamte" nicht erhalten zu haben, wird der **Geschäftsordnungsantrag** der Fraktion der CDU, vor Aufklärung dieses strittigen Sachverhalts **noch nicht über den Gesetzentwurf zu entscheiden**, mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und den GRÜNEN **abgelehnt**.

Der Ausschuß **empfiehlt** dem federführenden Ausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die

Stimmen der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf** Drucksache 12/3268 **anzunehmen**.

2 Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen und der Versorgungswerke der Freien Berufe im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3165

Vorlage 12/2304

Zuschriften 12/2320, 12/2336 bis 12/2340, 12/2347, 12/2374 bis 12/2376,
12/2408 und 12/2417

8

Nach kurzer Aussprache ist der Ausschuß einmütig mit dem Vorschlag einverstanden, seitens des Finanzministeriums noch ein Gespräch zu führen, um die gegen den Gesetzentwurf vorgebrachten Bedenken möglichst auszuräumen.

3 Gesetz zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EFoG)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3639

9

Der Ausschuß berät den Gesetzentwurf in einem ersten Durchgang. Dabei werden vom Finanzministerium und von der CDU-Fraktion Vorschläge für eine Änderung des § 5 Abs. 2 vorgebracht.

4 Haushaltsabschluß 1998

Information 12/706

12

Im Rahmen einer ausführlichen Aussprache antwortet der Finanzminister auf die sich zu Information 12/706 ergebenden Fragen.

5 Beteiligungskapitalfonds und Wagniskapitalagentur NRW

Vorlage 12/2382

Sachstandsbericht der Landesregierung

15

Der Ausschuß nimmt einen Sachstandsbericht von MR Dr. Eisold (MWMTV) entgegen, an den sich eine Diskussion anschließt.

6 Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zu steuerlichen Freibeträgen für Kindererziehung auf das Land Nordrhein-Westfalen

Bericht des Finanzministeriums

17

Finanzminister Heinz Schleußer nimmt Stellung und antwortet auf weitere Fragen aus dem Ausschuß.

7 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG) für das Schuljahr 1999/2000

Vorlage 12/2447

19

Der Ausschuß stimmt ohne Diskussion dem **Verordnungsentwurf** - Vorlage 12/2447 - mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU zu.

2 Gesetz über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen und der Versorgungswerke der Freien Berufe im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/3165

Vorlage 12/2304

Zuschriften 12/2320, 12/2336 bis 12/2340, 12/2347, 12/2374 bis 12/2376, 12/2408 und 12/2417

Vorsitzender Volkmar Klein erinnert daran, daß der Ausschuß am 12. November 1998 vereinbart habe, mit den Institutionen, die Bedenken gegen den Gesetzentwurf erhoben hätten, ein Gespräch zu führen. Dieses habe am 28. Januar 1999 stattgefunden. Die selbständigen Versorgungswerke hätten ihre Ablehnung mit der fehlenden fachlichen Anbindung zum Fachministerium begründet, worunter die berufsspezifischen Aspekte leiden könnten, und die nicht selbständigen Versorgungswerke hätten geltend gemacht, daß geteilte Zuständigkeiten bei der Aufsicht über die Kammern und die Versorgungswerke zu unterschiedlichen Genehmigungslagen führen könnten. - Einen Ergebnisvermerk über das Gespräch habe er den Ausschußmitgliedern zugeleitet. Er bitte die Landesregierung, zu den Argumenten Stellung zu nehmen.

Finanzminister Heinz Schleußer stellt klar, das Finanzministerium sei keineswegs initiativ geworden, um alle Zuständigkeiten auf sich zu versammeln. Vielmehr seien Wünsche an das Ministerium herangetragen worden, und diese hätten in einen Gesetzesvorschlag Eingang gefunden. Im Zuge der Beratung hätten sich weitere Versorgungswerke gemeldet, um ebenfalls in den Gesetzentwurf aufgenommen zu werden. Das sei geschehen.

Was die Bedenken der Tierärztekammern angehe, sei zum einen festzustellen, daß es bei der Aufsicht nicht etwa um fachliche Fragen gehe. Wenn die Tierärztekammern dennoch meinten, beim MURL besser aufgehoben zu sein, könne die Aufsicht seines Erachtens dort bleiben. Entsprechendes gelte für das Versorgungswerk der Rechtsanwälte. Er schlage dennoch vor, noch ein Gespräch zu führen; vielleicht helfe Aufklärung weiter.

Vorsitzender Volkmar Klein versichert, auf der Suche nach einer sachgerechten Lösung sei der gesamte Ausschuß sicherlich auf einer Linie mit dem Finanzminister.

Ministerialdirigent Dr. Oerter (FM) legt dar, von 15 Versorgungswerken hätten sich 12 für die vorgeschlagene Lösung ausgesprochen; auch die Arbeitsgemeinschaft berufsständischer Versorgungswerke unterstütze sie. Den in dem erwähnten Gespräch vorgetragenen Bedenken sei das Ministerium schon durch einen Formulierungsvorschlag vom September 1998 begegnet, der eine saubere Trennung der Versorgungsfragen von den berufsständischen bzw. Kammer-Fragen ermögliche.

Ernst-Martin Walsken (SPD) weist darauf hin, daß die Tierärztekammern, die wiederum Bedenken geltend gemacht hätten, zu den Institutionen gehörten, die bereits im ersten Gesetzesvorschlag der Landesregierung gestanden hätten. Vielleicht sei es sinnvoll, wenn, wie vom Finanzminister angeboten, noch ein Gespräch zwischen Finanzministerium und Tierärztekammern stattfinde, um diese Bedenken möglicherweise auszuräumen.

Friedliche Landgewinne seien nicht an einem Tag möglich, bemerkt **Winfried Schittges (CDU)**; vielleicht liege es an traditionellen Bindungen. Er begrüße die Haltung des Finanzministers, unterstütze den Vorschlag, noch ein Gespräch zu führen, und gehe davon aus, über die weitere Entwicklung im Ausschuß informiert zu werden.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) regt an, zu dem Gespräch zwischen Finanzministerium und Tierärztekammern auch das MURL hinzuzuziehen. - **Finanzminister Heinz Schleußer** wird so verfahren.

3 **Gesetz zur Errichtung von Fonds für die Versorgung in Nordrhein-Westfalen (Versorgungsfondsgesetz - EFoG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/3639

Vorsitzender Volkmar Klein erläutert, dieser Gesetzentwurf sei am 27. Januar an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und den Ausschuß für Kommunalpolitik überwiesen worden.

Finanzminister Heinz Schleußer verweist auf die Einbringungsrede im Plenum. Die Notwendigkeit sei bundesgesetzlich begründet.

Bei der ersten Lesung sei vom Kollegen Siekmann vorgetragen worden, daß die Regelung des § 5 Abs. 2 Satz 1, wonach dem Sondervermögen weitere Mittel zugeführt werden könnten, zu unverbindlich sei. Er schlage deshalb vor, diese Bestimmung wie folgt abzuändern:

"Dem Sondervermögen sollen weitere Mittel aus Einsparungen durch das Versorgungsreformgesetz ... sowie durch strukturelle Maßnahmen bei der Beamtenbesoldung zugeführt werden."

Peter Bensmann (CDU) spricht sich ebenfalls dafür aus, diese Bestimmung verbindlicher zu formulieren. - Noch entscheidender sei für ihn etwas anderes: Es sei unstrittig, daß sich die Aufwendungen für die Pensionäre bis zum Jahre 2013 verdoppelten. Wenn man die Parameter